



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Herrn  
Dr. André Hahn, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM *M* März 2019

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Februar 2019**  
HIER **Arbeitsnummer 2/477**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigelegte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. André Hahn  
vom 28. Januar 2019  
(Monat Februar 2019, Arbeits-Nr.2/477)

---

Frage

*Über welche Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung bzw. verfügen die ihr nachgeordneten Behörden über die rechtsextremistischen Strukturen und Netzwerke in der Bundeswehr, Bundespolizei, BND, Bundesamt für Verfassungsschutz oder eventuell auch anderen Bundesbehörden, und in welchem Umfang sind diesbezüglich seit 2015 Unterlagen/Akten beim BfV, dem MAD, dem BKA bzw. der Generalbundesanwaltschaft zusammengetragen worden (bitte die jeweilige Anzahl der Aktenordner angeben), die auf entsprechende Anforderung dem Innenausschuss, dem Parlamentarischen Kontrollgremium oder auch dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Verfügung gestellt werden könnten oder eventuell sogar schon übergeben worden sind?*

Antwort

Der mit Stand 5. März 2019 vorhandene Aktenbestand beläuft sich beim Bundesamt für Verfassungsschutz auf 62 Aktenordner, beim Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst auf 28 Aktenordner.

Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse zu rechtsextremistischen Strukturen und Netzwerken in der Bundeswehr, Bundespolizei, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz oder anderen Bundesbehörden.

Des Weiteren wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Erkenntnissen zu Rechtsextremismus in Polizeibehörden auf BT-Drucksache 19/7606 vom 11. Februar 2019 und die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Berichten über mögliche rechtsextremistische Verbindungen in der Bundeswehr und in den Sicherheitsbehörden auf BT-Drucksache 19/8164 verwiesen.